



An den
Bürgermeister der Stadt Rheinbach
Herrn Stefan Raetz
Schweigelstrasse 23
53359 Rheinbach

Joachim Schollmeyer
Meisenweg 16
53359 Rheinbach
Mitglied des Rates der Stadt Rheinbach

den 2. Juni 2020

Antrag: *Durch Zufall besser beraten* – Neues Format zur Beteiligung der Einwohner*innen

Sehr geehrter Herr Raetz,
bitte setzen Sie den nachfolgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Rheinbach am 22. Juni 2020.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. zur nächsten Sitzung des zuständigen Fachausschusses eine*n Expert*in einzuladen, der/die mit einer Präsentation über die praktische Umsetzung des Formats „Einwohner*innen-Beteiligung per Losverfahren“ informiert,
2. darauf aufbauend die Eckpunkte (Organisationsform, Datenzugriff, Aufwand, Kooperationsoptionen) für Einführung dieses Format der Beteiligung von Einwohner*innen per Losverfahren zu prüfen und nach Abschluss der Prüfung die Ergebnisse dem zuständigen Fachausschuss zur weiteren Beratung mit dem Ziel einer Umsetzung in Rheinbach vorzulegen.

Begründung:

In der aktuellen Corona-Krise liegt für Verwaltung und Stadtrat höchste Priorität auf allen Bereichen der Gesundheitsprävention und Soforthilfe. Aus unserer Sicht ist es aber ebenso elementar, schon jetzt zukunftsorientiert wichtige Weichen für die Nach-Corona-Zeit zu stellen.

Dazu gehört eine systematische Integration der Bürger*innen bzw. Einwohner*innen in die Prozesse, die der Weiterentwicklung unserer Stadt dienen. Grundsätzlich verfügt eine Stadt wie Rheinbach schon über etablierte, teils gesetzlich vorgeschriebene Instrumente der Beteiligung von Bürger*innen bzw. Einwohner*innen (Rechte: Anregungen, Einwohneranträge, Bürgerbegehren/Bürgerentscheide; Formate etwa zur Beteiligung an Planungsprozessen sowie Beiräte). Die Beteiligung erfolgt meist über Informationsveranstaltungen für Bürger*innen im Plenum. Aufgrund von Erfahrungen mit der Dynamik in Gesprächen sowie der tendenziellen Bevorzugung der „Lauten“ und „Redegewandten“ wird zunehmend auch mit Werkstätten gearbeitet. Dabei zeigt sich jedoch, dass sowohl das Format „Infoveranstaltung“ als auch das Format „Werkstatt“ nicht die gesamte Bandbreite einer Stadtgesellschaft erreicht.

Als Reaktion darauf sind in Deutschland und anderen Ländern in jüngster Zeit verstärkt Beteiligungsformate für Einwohner*innen eingeführt worden, die auf Losverfahren basieren, wie

der Demokratiekonvent (Frankfurt, seit 2019) oder die Bürger*innenräte (Berlin-Friedenau bzw. Tempelhof-Schöneberg, seit 2019). Vor allem bekannt wurde diese Beteiligungsformat durch den bundesweiten „Bürgerrat Demokratie“ (www.buergerrat.de – ebenfalls seit 2019). Und auch in anderen europäischen Ländern hält dieses Format Einzug: Convention Citoyenne pour le climat (Frankreich), Climate Assembly (UK), Citizens Assembly (Irland), Bürgerräte (Vorarlberg).

Obwohl diese gelosten Beteiligungsformate teils „Räte“ genannt werden, geht es hier nicht um ein Ersatzgremium von Entscheider*innen anstelle der gewählten Vertreter*innen. Die gelosten Gremien dienen der frühzeitigen Beteiligung der Einwohner*innen bezogen auf anstehende konkrete Fragen, Entscheidungen oder Herausforderungen. Im Unterschied zu einem „Beirat“ wird hier keine unveränderliche Gruppe aktiv – vielmehr variiert die Zusammensetzung, so dass in jedem Fall die gesamte Bandbreite der Stadtgesellschaft zu Wort kommen kann, jeweils durch andere aufs Neue zufällig geloste Repräsentant*innen. Die Erfahrungen aus den Projekten zeigen, dass dieser losbasierte Ansatz – im Vergleich zu anderen Verfahren oder Formaten – eine lösungs- und gemeinwohlorientierte Diskussion, eine ergebnisoffene und kompromissbereite Atmosphäre sowie eine hohe Identifikation der Beteiligten mit den Ergebnissen fördert.

Die Häufigkeit der Zusammenkunft variiert bei den bisherigen Pilotprojekten ebenso wie die Organisationsstruktur, die Herkunft der Daten als Basis für das Losverfahren und die Ausgestaltung des Losverfahrens selbst. Das Losverfahren basiert meist auf Daten aus dem Melderegister, die anhand bestimmter, vorgegebener Parameter qualifiziert werden (z. B. Altersgruppe, Geschlecht, Wohnbereich). Umfassende Informationen finden sich unter: https://www.dirdemdi.org/images/de/pdf/Handbuch_BürgerInnen-Rat.pdf

Da sich wissenschaftlich nachweisen lässt, dass Menschen aus sog. strukturell diskriminierten Gruppen nicht nur generell weniger an Wahlen teilnehmen, sondern auch weniger auf ein solches Losverfahren reagieren, setzen manche Projekte zu einem gewissen Anteil auch auf eine sog. aufsuchende Beteiligung (vgl. Demokratiekonvent Frankfurt), um diese Gruppen mit ins Boot zu holen. Kosten für solche Formate der gelosten Beteiligung entstehen vor allem – laut Aussage anderer Projekte – durch Werbung, Raummieten sowie Honorare für Moderator*innen.

Geht man von den Varianten aus, die in andernorts zum Einsatz kommen, erscheint uns für Rheinbach ein Format als wünschenswert und sinnvoll, das

- federführend durch eine unabhängige bzw. parteiübergreifende Institution organisiert wird, Verwaltung und Stadtrat aber von Anfang an mit beteiligt,
- jährlich eine Auswahl der wichtigsten anstehenden Themen/Fragen in den Blick nimmt (i. S. eines „Stadt-Checks“),
- zudem einen (neuen) Weg findet, die Einwohner*innen – etwa durch Einbezug journalistischer Expertise – so verständlich über die Rahmenbedingungen von und Positionen zu Themen bzw. Fragestellungen zu informieren, dass sie in die Lage versetzt werden, auf Basis eines vergleichbaren Wissensstands diskutieren zu können.

Angesichts der verschiedenen Varianten halten wir es für erforderlich, dass die Verwaltung sich zu folgenden Eckpunkten positioniert und ggf. entsprechende Informationen einholt, bevor Schritte in Richtung eines konkreten Konzepts unternommen werden können:

- **Organisationsform:** Hier bitten wir die Verwaltung darum, zu prüfen, ob sich das geplante Format am besten unter dem Dach der Bürgerstiftung Rheinbach oder der VHS oder eines zu gründenden Vereins umsetzen lässt.
- **Aufwand:** Hier bitten wir die Verwaltung um Aussagen dazu, wie hoch der eigene Aufwand der Begleitung eines solchen Formats eingeschätzt wird.
- **Herkunft der Daten:** Hier bitten wir die Verwaltung um Auskunft, ob es in Rheinbach grundsätzlich möglich ist, für ein entsprechendes Losverfahren auf Daten des Melderegisters

zuzugreifen oder nur ein Ankauf von Daten bei der Post funktioniert oder ggf. eine andere Datenquelle verwendet werden kann.

- **Kooperationsoptionen:** Hier bitten wir die Verwaltung zu eruieren, ob regionale Medienverlage sich an der Durchführung eines solchen Formats beteiligen würden.

Aus unserer Sicht stellt ein Beteiligungsformat mit Losverfahren nicht nur eine wichtige Ergänzung zu vorgeschriebenen Verfahren der Beteiligung der Bürger*innen dar, sondern eröffnet auch neue Ansätze zur Identifikation mit der Stadt. Indem in Rheinbach eine ortsspezifisch angepasste Variante entwickelt und zu einer permanenten Einrichtung gemacht wird, kann unsere Stadt ihr Profil als eine einwohner*innen-freundliche Kommune schärfen und auch über den Rhein-Sieg-Kreis hinaus positive Beachtung erlangen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Schollmeyer', written in a cursive style.

Joachim Schollmeyer (Fraktionssprecher)